



Bundesministerium
der Verteidigung

- BMVgAVL V28839 -

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Ali Al-Dailami
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Siemtje Möller

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22400

FAX +49 (0)30 2004-22441

E-MAIL BueroMoeller@bmvg.bund.de

BETREFF **Schriftliche Frage 6/53 des Abgeordneten Ali Al-Dailami vom 5. Juni 2024, eingegangen beim Bundeskanzleramt am 10. Juni 2024**
ANLAGE Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Schriftliche Frage
DATUM Berlin, 17. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Kollege,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf Ihre oben genannte Schriftliche Frage.

Mit freundlichem Gruß

Siemtje Möller

Parlamentarische Staatssekretärin

Schriftliche Frage 6/53

„Wie viele der rund 2.300 deutschen Kriegstoten, derer am 13. April 2024 bei einer Veranstaltung auf der Kriegsgräberstätte Székesfehérvár, bei der die deutsche Botschafterin in Ungarn, Julia Gross, die Begrüßungsrede hielt (loyal, 6/2024), gedacht wurde, waren nach Kenntnis der Bundesregierung Angehörige der Waffen-SS (bitte Gesamtzahl angeben sowie nach Divisionen aufgeschlüsselt), und welche weiteren deutschen Gäste aus militärischen Strukturen nahmen an der Gedenkveranstaltung teil?“

Das Einrichten und Pflegen von Gedenkstätten sowie Mahn- und Ehrenmalen für die Toten vergangener Kriege dient der Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewalt. Die Bundeswehr unterstützt und beteiligt sich an der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Sinne eines allgemeinen Totengedenkens. Damit pflegt sie jedoch keine Tradition früherer Streitkräfte.

Von den in der Kriegsgräberstätte Székesfehérvár ruhenden, eindeutig identifizierten Kriegstoten des Zweiten Weltkrieges sowie den „Unter den Unbekannten“ Ruhenden, ist für 188 eine SS-Zugehörigkeit dokumentiert. Eine detaillierte Einzelaufschlüsselung liegt der Bundesregierung nicht vor.

Zu weiteren deutschen Gästen aus militärischen Strukturen liegen keine Erkenntnisse vor.